



**Zu TOP 5 Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII (KJHG)  
Vorlage: 081/2006**

**Frau Kilian** gibt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

*Der JHA empfiehlt dem Kreistag der Beschlussvorlage zuzustimmen.*

**Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür**

**Zu TOP 6 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertagespflege im Landkreis Oder-Spree gem. § 18 Abs. 2 Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg  
Vorlage: 080/2006**

**Frau Kilian** gibt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

*Der JHA empfiehlt dem Kreistag der Beschlussvorlage zuzustimmen.*

**Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür**

(17.30 Uhr Herr Ullrich  
u. Herr Noske kommen)

**Zu TOP 7 Informationen der Verwaltung**

- a) Novellierung des Kita – Gesetzes Brandenburg  
**Frau Dr. Rothe** informiert darüber, dass zurzeit ein neues Kita - Gesetz mit folgende Änderung erarbeitet wird und ab 01.07.2007 in Kraft treten soll:
- Bestandsschutz → eine bisher gewährte Leistung (Kita – Platz unter 3 Jahre) wird auch dann gewährt, wenn die Voraussetzungen sich verändert haben (z.B. wenn ein Elternteil, bzw. beide Eltern arbeitslos werden bleibt Kind in der Einrichtung); dazu plant das Land ein 1,5 Mill. € für alle Kreise zur Verfügung zu stellen.
  - Festschreibung der Grundsätze elementarer Bildung und von Qualitätsanforderungen sowie die Kopplung von Qualität an die Finanzierung  
Hier ist noch offen, wie das erfolgen soll.
  - Sprachstandfeststellung und Sprachstandsförderung  
hier ist vorgesehen, dass eine Sprachstandsfeststellung 1 Jahr vor der Einschulung Pflicht wird (verankert im Schulgesetz) und die Realisierung durch die Kita's erfolgen soll. Beginnen soll dies ab dem Schuljahr 2007. Der Kreis muss dann Regelungen treffen, wie diese Leistungen finanziert werden sollen. Hinzu kommt, dass es umfangreiche Fortbildungsprogramme für Erzieherinnen gibt, um dies zu sichern. Hier plant das Land eine Mittelerhöhung von 2,5 Mill. € ein.
- b) Stand des Abschlusses – Vereinbarung zur Umsetzung des § 8a SGB VIII  
**Frau Kahlisch** informiert, dass bisher 73 von 82 Vereinbarungen mit freien und kommunalen Trägern abgeschlossen wurden. Probleme beim Abschluss gibt es mit 3 Trägern, die noch zu klären sind. Alle anderen Träger wurden nochmals gemahnt und haben die Übersendung zugesichert.

**Zu TOP 8 Information zum Bericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes über die Prüfung der Abrechnung von Kosten im Zusammenhang mit der Betreuung in Kita's**

**Frau Kilian** informiert, dass das Ergebnis des Berichtes deutlich macht, dass die Kosten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gem. § 16 Abs. 2 bis auf wenige Hinweise realisiert wurden. So wurden z.B. bei der Ermittlung der Durchschnittssätze der Lohnkosten tarifliche Erhöhungen nicht berücksichtigt.

Der JHA hat sich mit der Ermittlung der Durchschnittssätze zu befassen.

**Frau Dr. Rothe** erläutert das Verfahren zur Ermittlung der Durchschnittssätze für den Zuschuss gem. § 16 Abs. 2 ein (siehe Anlage) und geht besonders auf Änderungen zum Vorjahr ein. Sie macht deutlich, dass die Neuregelung insgesamt eine Erhöhung und damit eine Mehrbelastung für den Kreis von ca. 350,-T€ bedeutet.

## **Zu TOP 9 Information des UA JHP**

**Herr Adam** informiert zur weiteren Arbeit des UA:

- Abgeleitet aus der Diskussion zur Konzeption Vollzeitpflege, will sich der UA in einer seiner nächsten Sitzungen intensiv mit den inhaltlichen Aufgaben beschäftigen;
- Im Rahmen Modellprojekte der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit wurde in den Modellregionen eine Analyse zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und deren Familien durchgeführt, diese soll im UA intensiv ausgewertet werden;
- Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe schlägt der UA vor, eine Veranstaltung/Workshop mit Vertretern vom Schulamt/Schulleitern zum Thema Kinderschutz durchzuführen **oder** eine Beratung im JHA mit mehreren Praxisbeispielen und Kooperationen → Zielrichtung soll es sein, gelingende Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule bekannt zu machen.

Der UA erwartet dazu vom JHA einen Auftrag und wird die Veranstaltung organisieren.

Nach kurzer Diskussion schlägt Frau Krüger vor, Praxisbeispiele - z. B. das Oberstufenzentrum Palmnicken – berichten zu lassen, wie Jugendlichen, die Probleme haben geholfen wird.

## **Zu TOP 10 Sonstiges**

**Frau Meißner** – Sitzung JHA am 20.12. 2007 – soll das bleiben?

Wird dann später entschieden.

gez. Monika Kilian	gez. Regina Kahlisch
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses	Schriftführerin